"Manager statt Politiker: Europa wird revolutioniert" in Die Zeit (18. Mai 1950)

Legende: Am 18.Mai 1950 beschreibt die deutsche Wochenzeitung Die Zeit ausführlich die „revolutionären“ Aspekte des französischen Vorhabens zur Schaffung einer Kohle- und Stahlgemeinschaft in Westeuropa.

Quelle: Die Zeit. 18.05.1950, Nr. 20; 5. Jg. Hamburg. "Manager statt Politiker: Europa wird revolutioniert", auteur:Tangel, Richard , p. 1.

Urheberrecht: (c) Richard Tangel

URL: http://www.cvce.eu/obj/manager_statt_politiker_europa_wird_revolutioniert_in_die_zeit_18_mai_1950-de-236ef2eb-32eb-4e4a-8560-e24e3b844f02.html

Publication date: 20/05/2014

Manager statt Politiker: Europa wird revolutioniert

Was Außenminister Schuman am Vorabend der Londoner Konferenz im Uhrensaal des Quai d'Orsay den versammelten Pressevertretern als Plan seines Kabinetts vortrug, war in einer Weise kühn und modern, wie man es den Franzosen, von denen es nach dem Kriege hieß, daß sie alle Entschlüsse immer zu spät faßten, eigentlich nicht zugetraut hätte. „Die französische Regierung", so sagte er, „schlägt vor, die gesamte französisch-deutsche Kohle- und Stahlerzeugung innerhalb einer Organisation, die allen europäischen Ländern offen steht, einer gemeinsamen Oberbehörde zu unterstellen. Das Zusammenlegen der Kohle- und Stahlerzeugung wird zwangsläufig zur ersten Etappe des Europäischen Staatenbundes werden, der sofortigen Schaffung gemeinsamer Grundlagen für den Ausbau der Wirtschaft dienen und zu einem Wandel im Schicksal dieser Länder führen, die so lange an der Herstellung von Waffen für Kriege gearbeitet haben, denen sie selbst immer wieder zum Opfer gefallen sind."

Wer sich noch daran erinnert, mit welcher Schärfe sonst aus Paris über die deutsch-französischen Kriege gesprochen zu werden pflegte, wird den Takt begrüßen, mit dem hier an diese unglückliche Vergangenheit erinnert wird. Und schon aus diesem einzigen Detail ist zu erkennen, wie außerordentlich ernst es dem Kabinett Bidault mit dem Versuch ist, eine dauernde Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen. Bundeskanzler Adenauer hat denn auch am Abend des gleichen Tages bei einer Pressekonferenz in Bonn, auf der er den einstimmigen Beschluß des Bundeskabinetts bekanntgab, dem Straßburger Europa-Rat beizutreten, das französische Angebot mit großer Wärme begrüßt. Unbestreitbar sind auch diese beiden Entschlüsse, der französische und der deutsche, eine schöne Krönung der gradlinigen Politik, die mit jenem Interview des Bundeskanzlers mit Ernst Friedlaender begann, das wir in der „Zeit" veröffentlicht haben.

Auch die Atmosphäre der Londoner Konferenz, von der man allgemein keine aufregenden Resultate erwartete, wurde durch die Bekanntgabe der beiden Ereignisse elektrisiert. „Es herrscht Locarno-Stimmung in London", so schrieb die Stockholmer Zeitung *Svenska Dagbladet*; nun nicht nur in London, sondern auch in Deutschland, wo man seit 1945 eine Versöhnung mit Frankreich ganz allgemein ersehnte, so aussichtslos dies auch manchmal schien. Doch besteht ein entscheidender Unterschied zwischen der heutigen Situation und der von Locarno. Damals ging es darum, die Atmosphäre zwischen unseren beiden Ländern dadurch zu verbessern, daß Besatzungs- und Kriegsfolgelasten für Deutschland gelindert wurden. Diesmal handelt es sich nicht um deutsche Forderungen oder Bitten, sondern um ein französisches Angebot, den Anfang zu einer Wirtschaftsunion zu machen und damit den Kristallisierungspunkt für ein föderiertes Europa zu schaffen.

Der Vorschlag, die gesamte Kohle- und Stahlerzeugung aller beteiligten Länder einer Oberbehörde zu unterstellen, ist nicht nur mutig, sondern auch ungewöhnlich modern. Die Oberbehörde soll sich aus unabhängigen und von den Regierungen paritätisch ernannten Persönlichkeiten zusammensetzen. Ihre Anordnungen sollen für Frankreich, Deutschland und alle sonst beteiligten Länder bindend sein. An der Spitze der Behörde soll ein Präsident stehen, der von den Regierungen im gemeinsamen Einvernehmen ernannt wird. „Seine Entscheidungen", so heißt es wörtlich, „treten in Frankreich, in Deutschland und in den anderen Mitgliedstaaten in Kraft." Es folgt dann ein etwas kryptischer Satz: „Entsprechende Bestimmungen sichern die erforderlichen Möglichkeiten gegen die Entscheidung der Oberbehörde." Doch geht aus dem vorhergehend Gesagten eindeutig hervor, daß die bestehenden Regierungen einen Teil ihrer Souveränität an eine internationale Behörde abgeben müssen. Es kommt noch hinzu, daß ein Schiedsrichter ernannt werden soll, der, nachdem die Regierungen miteinander Verträge über die Leitsätze und wesentlichen Verpflichtungen abgeschlossen haben, an den Verhandlungen teilnehmen soll, die der Feststellung von Durchführungsbestimmungen dienen. Dieser Schiedsrichter hat darüber zu wachen, daß die Abkommen den vertraglich festgelegten Leitsätzen entsprechen. „Im Falle eines unaufhebbaren Gegensatzes bestimmt er die anzunehmende Lösung." Jedes Veto irgendeiner Regierung ist damit ausgeschaltet! Endlich soll bei dieser Behörde noch ein Vertreter der UNO gewissermaßen akkreditiert sein, der jährlich zweimal einen öffentlichen Rechenschaftsbericht über den Betrieb der neuen Organisation abzugeben hat unter besonderer Berücksichtigung der Wahrung „ihrer friedlichen Zielsetzung".

Wer nun in Frankreich oder Deutschland etwa heute noch in der Furcht leben sollte, eines der beiden Länder

könnte in Zukunft versuchen, das andere zu majorisieren, sich also gewissermaßen zum Herren des kontinentalen Europas machen, sollte diese Bestimmungen genau studieren. Verlangt wird, um solche Möglichkeiten auszuschalten, daß die Mitglieder der Oberbehörde unabhängig sein sollen. Was dies aber in Wirklichkeit heißt, ist in dem französischen Vorschlag nicht ausdrücklich gesagt. Man kann es nur erraten, wenn man die Aufgaben betrachtet, die diesen Mitgliedern gestellt werden.

„Aufgabe der gemeinsamen Oberbehörde wird es sein, in kürzester Frist folgendes sicherzustellen: Modernisierung der Produktion und Verbesserung ihrer Qualität, Belieferung des französischen und deutschen Marktes sowie der Märkte der Mitgliedstaaten mit Kohle und Stahl zu gleichen Bedingungen, Ausbau einer gemeinsamen Ausfuhr nach anderen Ländern und Angleichung in der Hebung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer dieser Industriezweige." Und weiter heißt es: „Im Gegensatz zu einem internationalen Kartell, das die Aufteilung und Ausbeutung der nationalen Märkte mittels einschränkender Verfahren unter Aufrechterhaltung hoher Gewinne anstrebt, wird die geplante Organisation die Verschmelzung der Märkte und die Ausweitung der Produktion sichern."

Hieraus wird klar, welche Unabhängigkeit gemäß dem Plan der französischen Regierung von den Mitgliedern der Oberbehörde verlangt werden sollte. Sie dürfen in keinem Sinne einseitig nationale Forderungen vertreten, sie dürfen also nicht dem einzelnen Staate verpflichtete Beamte sein, ebensowenig aber auch Vertreter nationaler Industrieverbände. Sie dürfen nicht Verfechter einer nationalen Schutzzollpolitik sein. Und damit wird ein sehr empfindlicher Punkt angerührt, denn so können sie weder Kapitalisten alten Schlages noch Sozialisten sein, deren heutiges Programm der Vollbeschäftigung nur durch extremen Schutz des heimischen Marktes durchgeführt werden kann, woraus sich erklärt, daß die Sozialisten heute in den meisten Ländern so besonders nationalistisch sind. So könnten also weder Vertreter von Unternehmer-Organisationen noch Gewerkschaftler Mitglieder der Oberbehörde sein. Ebensowenig könnten Vertreter von Parteien ernannt werden, weil sie ja auf Grund ihrer Programme untereinander über Ländergrenzen hinweg wieder Interessengruppen bilden könnten. Mit einem Wort: der französische Vorschlag geht dahin, von allen politischen und wirtschaftlichen Bindungen unabhängige Persönlichkeiten auszuwählen nach dem Maßstab des Sachverstandes und nicht der Leidenschaft. Burnham hat sie in seinem berühmten Buch die Manager genannt.

Niemand kann hiernach verwundert sein, daß die Opposition gegen den französischen Plan in erster Linie von den Sozialisten kommt, in Deutschland, in Frankreich, in England und in Skandinavien. Sie nämlich haben die Möglichkeit, daß es neben Sozialismus und Kapitalismus noch ein Drittes geben könnte, von jeher auf das erbittertste bekämpft. Worum handelt es sich denn? Doch darum, daß einzelne Menschen nach eigener Verantwortung und bestem Gewissen frei von Bindungen eine Funktion ausüben sollen, die ihnen demokratisch gewählte Regierungen überantworten. Sollte es da nicht vielleicht so sein, daß Parteien und Interessenvertretungen wie Unternehmerverbände und Gewerkschaften auch gut täten, ihre Ansprüche bei der Errichtung der Behörde nicht geltend zu machen? Wäre es nicht gut, wenn an Stelle von Massenvertretungen, die immer machtdurstig sind, freie Individuen, ein Rat aufrechter Menschen, über der Versöhnung von Deutschland und Frankreich wachten?

Eben dieser Vorschlag ist es, was an dem Schuman-Plan so mutig und so modern ist.